V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag, den 12. Mai 2006, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer der Gemeinde.

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.00 Uhr

- anwesend:
- 1) Bgm. Herbert Plaimer als Vorsitzender;
 - 2) die GVM. Vbgm. Alfred Jungwirth, Gabriele Diwald, Peter Prihoda, Franz Mayrhofer, Ing. Johann Gruber;
 - 3) die GRM. Johann Pramhas, Michael Hausmann, Elfriede Lindner, Sieglinde Prihoda, Ing. Peter Weis, Franz Irkuf, Eva Maria Hütmeier, Alfred Orlando, Katharina Brandstätter, Karl Huber, Gerhard Neudecker, Walter Striegl, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek.
 - 4) die EM. Wolfgang Knogler, Johann Zeilinger, Sabine Knoll, Kornelia Haselsteiner,, Dipl.-Ing. Walter Hinterberger und Herta Jungwirth.
 - 5) AL. Franz Kaip.

abwesend: GVM. Günter Werner, GRM. Dr. Christian Chimani, Erich Lattner jun., Georg Gutbrunner Erich Lattner jun. und Helmuth Kahr.

T a g e s o r d n u n g :

- 1) Kanalanschlusspflicht für die Liegenschaft Gürtlbauerstr. 17 (Franz und Johanna Maurerbauer); Berufung;
- 2) Genehmigung von Finanzierungsplänen:
 - a) Sanierung und Adaptierung Bauhof;
 - b) Sanierung und Adaptierung Gemeindeamtsgebäude – Ausfinanzierung;
- 3) Errichtung einer Schutzwegbeleuchtungsanlage – Übereinkommen betreffend Kostenteilung;
- 4) Betriebsbaugelände „Brunlehner Nr. 2“ – Änderung des Örtl. Entwicklungskonzeptes;
- 5) Straßenbauarbeiten 2006;
 - a) Sanierung der Ranwallnerstraße;
 - b) Staubfreimachung der Alois-Fischill-Straße;
- 6) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeindevorstandsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung beantwortet Bgm. Plaimer die Anfrage gem. § 63 a Gemeindeordnung 1990 vom 2. März 2006.

Das Antwortschreiben vom 28. April 2006 wird vollinhaltlich verlesen.

**Anfrage gem. § 63 a Gemeindeordnung 1990
Schreiben vom 2. März 2006**

Sehr geehrter Herr Gemeindevorstand Gruber, lieber Hans!

Zu deiner oben angeführten Anfrage darf ich dir Folgendes mitteilen:

Die Gemeinde Pfarrkirchen hat im Jahre 2001 von der Fa. Brauunion, Linz, die die Fa. Schartner Fein GesmbH bzw. die Fa. Steirerbrau übernommen hat, eine Zahlung in Höhe von € 306.260,26 erhalten.

Diese Zahlung (ursprünglicher Stand im Jahr 1992 € 588.496,20) wurde von der Fa. Brauunion für die Errichtung der Verbandskläranlage bzw. für die Rückzahlung von Darlehen für den Wasserwirtschaftsfonds bei der Auflösung des Betriebsstandortes in Mühlgrub geleistet und wurde von der Gemeinde vorerst auf ein Sparbuch gelegt und verbucht. Die Rückzahlung erfolgte in Quartalsraten.

Dieses Sparbuch war eine zweckgebundene Rücklage und hätte eigentlich nur für den Kanalbau verwendet werden dürfen.

In den Jahren 1999 – 2003 wurde das Straßenbauprogramm V durchgeführt, ohne dass vorerst hierfür eine Bewilligung gem. § 86 GemO 1990 bzw. ein genehmigter Finanzierungsplan vorgelegen ist.

Es wurden in dieser Zeit u.a. folgende Straßenbauprojekte durchgeführt, z.B. Umlegung der Hoffmannkurve, Kirchmühlstraße, Kaipstraße, Gehsteig Pabstbergstraße, Hangstraße u. Verbindungsstraße zur Koglstraße, Straubfreimachung der Ranwallnerstraße.

Die Kosten für diese Straßenbaumaßnahmen betragen insgesamt € 440.822,62. Der Landesbeitrag betrug insgesamt € 79.505,81 und € 116.276,-- wurden als Bedarfszuweisung gewährt.

Der nicht gedeckte Abgang betrug lt. Rechnungsabschlüssen € 169.521,80, zusätzlich waren noch Rechnungen in Höhe von rd. € 40.000,-- für Bauarbeiten im Jahre 2003 zur Zahlung im Jahr 2004 fällig.

Ein Teil der Straßenbaukosten wurde von der zweckgebundenen Kanalrücklage beglichen und buchhalterisch als „Inneres Darlehen“ der Gemeinde dargestellt.

Ein eigenes Bankdarlehen wurde nicht aufgenommen, sind dafür in den Rechnungsabschlüssen daher auch keine Kreditkosten und Kreditzinsen dargestellt.

Die angefallenen Finanzierungskosten sind im Kassenkredit der Gemeinde Pfarrkirchen enthalten.

So wurde im Jahr 2001 der Betrag von € 164.676,64 für die Begleichung von Straßenbaurechnungen herangezogen. Auch andere Projekte wie z.B.

WL Hoffmannfeld, Kanal Hoffmannfeld, GW Schützing usw. wurden so finanziert.

Da der Betrag von € 164.676,64 nicht am Darlehenskonto getilgt wurde, sind höhere Zinsbelastungen beim Kanalbau anzusetzen, die im 1. Jahr mit ca. € 3.293,-- (bei einem 2 %igen Zinssatz) festzuhalten sind. Diese Kosten fallen jährlich sinkend an.

Was weiters berücksichtigt werden muss ist die Tatsache, dass die Gemeinde Pfarrkirchen „Habenzinsen“ auf dem Sparbuch in Höhe von damals ca. 1,5 % erhalten hätte (Ertragsverlust ca. 2.500 € im Jahr).

Auch muss die Gemeinde die Rückzahlungen bei der Österr. Kommunalkredit (Nachfolger des Wasserwirtschaftsfonds) ohne diese Zahlungen der Brauunion bestreiten.

Am 22. Okt. 2004 fasste auf Vorschlag von Herrn LR Josef Ackerl nach Rücksprache mit Herrn Hofrat Dr. Gugler von der Gemeindeabteilung der Gemeinderat den Beschluss, diese Inneren Darlehen aufzulösen und den einzelnen Vorhaben zuzuführen und das Vorhaben Straßenbau V auszugleichen.

Konkrete Einsparungen in den Voranschlägen 2003 – 2004 waren für diese „Entschuldungsaktion“ nicht möglich aber auch nicht notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

TOP 1) Kanalanschlusspflicht für die Liegenschaft Gürtlbauerstr. 17 (Franz und Johanna Maurerbauer); Berufung;

Bgm. Plaimer nimmt an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes wegen Befangenheit nicht teil.

Vbgm. Alfred Jungwirth berichtet:

Mit Schreiben vom 28. März 2006 haben Franz u. Johanna Maurerbauer, Gürtlbauerstraße 17, um Erteilung der Ausnahmegenehmigung von der Kanalanschlussverpflichtung angesucht und begründen dies damit, dass sie die Errichtung einer biologischen Kleinkläranlage mit Verrieselung planen. Mit Bescheid der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall vom 05.04.2006 wurde dieses Ansuchen abgelehnt und es wurde festgestellt, dass für das Objekt Gürtlbauerstraße 17 Anschlusszwang an die Ortskanalisation besteht.

Begründet wurde die Anschlusspflicht im Wesentlichen damit, dass eine Ausnahmegenehmigung nach § 13 OÖ. Abwasserentsorgungsgesetz nicht erteilt werden kann, weil in Übereinstimmung mit dem Bodenschutzgesetz die anfallenden Abwässer nicht auf selbstbewirtschaftete Flächen ausgebracht werden können. Außerdem liegt das Objekt im 50m-Anschlußbereich der Ortskanalisation.

Mit Schreiben vom 18. April 2006 haben die Ehegatten Franz und Johanna Maurerbauer gegen den Bescheid des Bürgermeisters fristgerecht berufen.

Hr. Maurerbauer wurde am 03.05.2006 befragt, ob er einen AMA-Antrag gestellt hat.

Er gibt an, dass er die landwirtschaftlichen Grundflächen an den Landwirt Hiesmayr-Dorfer Karl, vulgo Mair in Hag, Dehenwangerstraße 56 verpachtet hat und Hr. Hiesmayr-Dorfer hat über AMA-Antrag die Betriebsprämie beantragt. Lediglich für die Wiesenflächen im Ausmaß von 0,53 ha bekommt Hr. Maurerbauer die AMA-Prämie von Herrn Hiesmayr-Dorfer ersetzt.

In einem Nebengebäude mit mehrfacher Nutzung (Garage, Werkstatt, Stall, Holzlager) sind 4 Ziegen 15 Hasen und 20 Hennen untergebracht. Das Gesamtausmaß der landwirtschaftlichen Nutzfläche beträgt nach Angabe von Herrn Maurerbauer 2,80 ha. Es entfallen auf die Ackerfläche 2,27 ha.

Die derzeitige Senkgrube wird vom Landwirt Hiesmayr-Dorfer entleert und zum Teil auch auf Flächen des landwirtschaftlich genutzten Grundes von Herrn Maurerbauer ausgebracht.

Im Wohnhaus Gürtlbauerstraße 17 sind keine Tiere untergebracht, dieses dient nach Angabe von Herrn Franz Maurerbauer ausschließlich Wohnzwecken, für ihn und seine Gattin sowie seinem Sohn und dessen Familie. Es bestehen 2 Wohnungen und meldebehördlich zwei getrennte Haushalte.

Der Ortskanal wird in der Gürtlbauerstraße in einem Abstand von ca. 13 m am Objekt Gürtlbauerstraße 17 vorbeigeführt.

Das Objekt dient aufgrund des fehlenden AMA-Antrages zum Zeitpunkt der Anschlussverpflichtung nicht als Landwirtschaft. Außerdem sind keine Stallungen im Gebäude, es dient lediglich zur Befriedung der Wohnbedürfnisse für zwei Haushalte (dem Eigentümer und dessen Sohn mit seiner Lebensgefährtin und Kindern).

Der diesbezügliche Bescheidentwurf wird vollinhaltlich verlesen.

Antrag:

Der Vizebürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die Berufung von Herrn Franz Maurerbauer abweisen, weil die landwirtschaftlichen Flächen nicht selbst bewirtschaftet werden. Weiters befindet sich das Objekt im 50m-Anschlussbereich (Abstand zum Ortskanal ca 13 m, lt. Kollaudierungsoperat Abwasserbeseitigung Pfarrkirchen vom 22.10.1987 und dem Katasterplan) und dient ausschließlich Wohnzwecken. Im Übrigen wird auf den vorliegenden Bescheidentwurf verwiesen.

GRM. Dipl.-Ing. Deimek fragt an, ob es neben der Betriebsnummer auch eine AMA-Nummer für den Betrieb Gürtlbauerstraße 17 gibt und welche Nummer für die Bewirtschaftung gilt.

Vbgm. Jungwirth erklärt, dass es keine AMA-Nummer gibt.

Beschluss:

Der Antrag des Vizebürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Berufung von Herrn Franz Maurerbauer abgewiesen wird, weil die landwirtschaftlichen Flächen nicht selbst bewirtschaftet werden. Weiters befindet sich das Objekt im 50m-Anschlussbereich

(Abstand zum Ortskanal ca 13 m, lt. Kollaudierungsoperat Abwasserbeseitigung Pfarrkirchen vom 22.10.1987 und dem Katasterplan) und dient ausschließlich Wohnzwecken. Im Übrigen wird auf den vorliegenden Bescheidentwurf verwiesen.

TOP 2) Genehmigung von Finanzierungsplänen:

- a) Sanierung und Adaptierung Bauhof;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Erlaß des Amtes der o.ö. Landesregierung vom 14. März 2006, Zl. Gem-311332/211-2006-Kep, wurde der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall ein Finanzierungsvorschlag für die Adaptierungsarbeiten am Bauhof übermittelt.

Die Gesamtbaukosten werden auf ca. 24.000 € geschätzt. Die Bedarfszuweisung beträgt € 9.000,--.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass der Finanzierungsplan für die Adaptierungsarbeiten am Bauhof in der vorliegenden Form beschlossen wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Finanzierungsplan für die Adaptierungsarbeiten am Bauhof in der vorliegenden Form beschlossen wird.

- b) Sanierung und Adaptierung Gemeindeamtsgebäude – Ausfinanzierung;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Erlaß des Amtes der o.ö. Landesregierung vom 7. April 2006, Zl. Gem-311332/215-2006-Kep, wurde der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall ein Finanzierungsvorschlag für die Ausfinanzierung für die Sanierung und Adaptierung des Gemeindeamtsgebäudes übermittelt.

Die Gesamtbaukosten wurden mit € 854.625 anerkannt. Die Bedarfszuweisung zur Ausfinanzierung beträgt € 178.376,--.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass der Finanzierungsplan für die Ausfinanzierung der Sanierung und Adaptierung des Gemeindeamtsgebäudes in der vorliegenden Form beschlossen wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Finanzierungsplan für die Ausfinanzierung der Sanierung und Adaptierung des Gemeindeamtsgebäudes in der vorliegenden Form beschlossen wird.

TOP 3) Errichtung einer Schutzwegbeleuchtungsanlage – Übereinkommen betr. Kostenteilung;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Schreiben vom 11.4.2006 wurde der Gemeinde Pfarrkirchen ein Übereinkommen betr. Kostenteilung für die geplante Errichtung einer Schutzwegbeleuchtungsanlage übersandt.

Der 50 %ige Kostenanteil der Gemeinde für elektronische Einrichtungen wird voraussichtlich ca. € 1.700,-- betragen und ist im Jahr 2006 fällig.

Das gegenständliche Übereinkommen ist im Gemeinderat zu beschließen und eine Ausfertigung der OÖ. Landesregierung, Abt. Bau-Services/Serv-Technik, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz, vorzulegen.

Mit der Kostenaufteilung der von der Gemeinde zu tragenden Kosten (50 % der Elektrotechnischen Einrichtungen usw.) kann ausserdem im Büro von Herrn LHSTv. Haider um eine Förderung angesucht werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass das vorliegende Übereinkommen betreffend Kostenteilung für die geplante Errichtung einer Schutzwegbeleuchtung genehmigt wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass das vorliegende Übereinkommen betreffend Kostenteilung für die geplante Errichtung einer Schutzwegbeleuchtung genehmigt wird.

TOP 4) Betriebsbaugebiet „Brunlehner Nr. 2“ – Änderung des Örtl. Entwicklungskonzeptes;

Der Bürgermeister berichtet:

Der Gemeinderat hat bereits im April 2004 grundsätzlich die Umwidmung von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken in Betriebsbaugebiet beim landwirtschaftlichen Anwesen Brunlehner beschlossen. Es sollten nunmehr die weiteren Verfahrensschritte gesetzt werden und im Zuge der Vorbereitung für die Einholung der Stellungnahmen wurde hingewiesen, dass auch das Örtl. Entwicklungskonzept geändert werden muss.

Vom Team-M, Hr. Kubernat, wurden entsprechende Pläne vorbereitet, sodass nach Beschlussfassung das behördliche Stellungsnahmeverfahren weitergeführt werden kann.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass das Örtl. Entwicklungskonzept lt. vorliegendem Plan Änderung 1 abgeändert wird und die Nachbarn im Umkreis von 200 m von dieser Änderung verständigt werden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass das Örtl. Entwicklungskonzept lt. vorliegendem Plan Änderung 1 abgeändert wird und die Nachbarn im Umkreis von 200 m von dieser Änderung verständigt werden.

TOP 5) Straßenbauarbeiten 2006;

Es wird hingewiesen, dass die Gemeinde Pfarrkirchen per 21.12.2005 für das Haushaltjahr 2006 um die Gewährung von Landesbeiträgen für Gemeindestraßen angesucht hat und es liegt ein genehmigter Finanzierungsplan von der Gemeindeabteilung des Landes für den Straßenbau für die Jahre 2006 bis 2010 vor.

a) Sanierung der Ranwallnerstraße:

Für die Ranwallnerstraße liegt eine Kostenschätzung von Ing. Brunner, Steyr, vor und die Sanierungskosten werden in einer Höhe von € 96.600,-- berechnet.

In dieser Kostenschätzung wurden zum Teil auch Unterbaukosten berechnet.

Eine Prüfung des Unterbaues durch die Gemeindearbeiter hat ergeben, dass unter dem Spitzasphalt eine Schotterdecke mit mind. 50 cm Stärke vorzufinden ist.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Asphaltierungsarbeiten für die Ranwallnerstraße ausgeschrieben werden und die Straße heuer saniert werden soll.

Wortmeldung von Herrn GVM. Ing. Hans Gruber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat!

Betreffend die Vergabe der Straßenbauarbeiten 2006 und der Projektierungsarbeiten möchte ich folgendes sagen, dass in der GV-Sitzung vom 27.4.2006 wurde darüber nicht gesprochen und kein Beschluss gefasst. Vom Gemeindeamt wurden lediglich 2 Angebote eingeholt, von Herrn Dipl.-Ing. Brunner bzw. vom Büro Dipl.-Ing. Spirk & Partner, wobei sich die Kosten über ca. 7.000 € belaufen. Die ÖVP-Fraktion hat in der letzten GR-Sitzung bereits gefordert, dass auch Herr Bmstr. Helmut Pospichal, Kremsmünster, zur Abgabe eines unverbindlichen Angebotes eingeladen werden soll. Es ist nicht nachvollziehbar, warum bei kleinen Sachen oft 3 und mehr eingeholt werden und beim Straßenbau, wo es um viel Geld geht, 2 Angebote genügen sollen. Ausserdem erweckt diese Vorgangsweise den Eindruck, dass Herr Bmstr. Pospichal, der durch die Ausschreibung der Arbeiten zur Herstellung des Parkplatzes im Pfarrhofgarten der Gemeinde bzw. dem Land viel Geld gespart hat, bewusst nicht einmal eingeladen wird ein Angebot zu legen. Wir kennen eigentlich den Grund nicht.

2. Ausschreibung bzw. Vergabe der Straßenbauarbeiten.

In der letzten GR-Sitzung ging ein Aufschrei durch die SPÖ-Fraktion als die ÖVP-Fraktion gefordert hat, die Straßenbauarbeiten entsprechend dem Österr. Vergabegesetz ordnungsgemäß auszuschreiben. In der Straßenausschuss-Sitzung und in der Gemeindevorstandssitzung wurde über die Art und Weise der Ausschreibung nichts gesprochen. Während man bei der Schaffung des Kulturpreises, wo es nur um einige hundert Euro geht, keinen Beschluss fassen will, im Gemeinderat, ohne dass diese Angelegenheit im zuständigen Ausschuss behandelt wird. So soll der Gemeinderat nun einen Grundsatzbeschluss fassen, dass die Ranwallnerstraße saniert wird. Im Prinzip gilt das auch für die Alois-Fischill-Straße, die asphaltiert werden soll, ohne dass der Ausschuss die Kriterien für die Ausschreibung der Arbeiten mit geschätzten Kosten von rd. € 100.000 festlegt.

Die ÖVP-Pfarrkirchen stellt daher den Zusatzantrag, dass erstens der Herr Bmstr. Helmut Pospichal, Kremsmünster, eingeladen werden soll, der Gemeinde Pfarrkirchen ein unverbindliches Angebot für die Ausschreibung, Angebotsprüfung und Bauaufsicht und Bauabrechnung für die Straßenbauarbeiten 2006 zu stellen und zweitens soll weiters beschlossen werden, dass die geplanten Straßenbauarbeiten lt. dem geltenden Bundesvergabegesetz 2006 für den Öffentlichen Bereich im offenen Verfahren ausgeschrieben werden.

Bgm. Plaimer:

Danke dir, lieber Herr Ing. Gruber und stelle dazu Folgendes fest.

Es ist nicht Kompetenz des Gemeinderates die Vergabe der Planung. Der Gemeinderat vergibt über Summen über € 20.000,--. Zuständig für die Vergabe der Planungsarbeiten ist der Gemeindevorstand. Der Gemeindevorstand wird auch einen entsprechenden Beschluss fassen. Was das Ziel des heutigen Beschlusses ist, dass auch der Gemeinderat dokumentiert, dass die Sanierung der Ranwallnerstraße wie in der Straßenausschusssitzung vorgeschlagen, Priorität hat. Wenn der Gemeinderat sagt, ja die Sanierung hat Priorität, dann wird es die weiteren Verfahrensschritte geben.

Der nächste Verfahrensschritt ist die Beauftragung eines Ziviltechnikers, der die Ausschreibungen machen soll. Darum verstehe ich auch nicht, wenn man einen Ziviltechniker beauftragt, braucht man nicht zu glauben, dass der nicht nach dem Österr. Vergaberecht vorgeht.

Punkt 2 war es und Herr Gruber weiß das, dass ich keine Freude damit hatte, nicht beabsichtigte

Angebote dem Gemeinderat zur Diskussion vorzulegen, weil es einzig und allein Vorstandskompetenz ist. Die Ausschreibung selbst wird ca. 1.500 – 1.600 € kosten und wir können uns im Vorstand noch darüber unterhalten, ob wir die Bauleitung auch in Anspruch nehmen und uns diesen Luxus leisten oder doch unseren Beamten weiterhin so weit Vertrauen entgegenbringen, dass sie die Abrechnung und die Kontrolle der Bauarbeiten gerade bei einem Bauprojekt, wo man wahrscheinlich nur einen Asphalt aufbringt. Ich denke einmal, Herr Peter Gruber hat Erfahrung genug, den er war in den letzten 20 Jahren in diesem Gebiet tätig und hat unsere ganzen Straßenbauprojekte abgerechnet und kontrolliert.

Die Vergabe des Planungs- und des Ausschreibungsauftrages ist Kompetenz des Gemeindevorstandes.

GVM. Ing. Gruber:

Danke für die Antwort. Wir sind aber trotzdem der Meinung, dass diese Punkte vorerst geklärt gehören, entsprechend dem Ausschuss und dann erst ein Grundsatzbeschluss im Gemeinderat zu erfolgen hat.

Ein schöner bildlicher Vergleich ist der Kulturpreis, wo man sehr bedacht war, dass so etwas vorher entsprechend ausgearbeitet wird und hier bei diesen großen Beträgen da fährt man einfach so drüber. So haben wir den Eindruck.

Bgm. Plaimer fragt Herr Ing. Gruber, ob er bei der Straßenausschusssitzung dabei war.

Ing. Gruber: nein.

Bgm. Plaimer erklärt, dass im Straßenausschuss eine Prioritätenliste festgelegt wurde. Der Straßenausschuss ist kein Beschlussorgan, der Straßenausschuss ist Beratungsorgan. Schlussendlich beschließen kann nur der Gemeinderat in dieser Sache und wenn der Gemeinderat sagt, jawohl wir wollen die Ranwallnerstraße machen, dann ist das der Arbeitsauftrag für die nächsten Gremien die nächsten Schritte zu tun. Das macht doch keinen Sinn, irgendjemand zu beauftragen, eine Ausschreibung vorzunehmen, wenn der Gemeinderat dann sagt, wir wollen das gar nicht.

Der Vorgang aus meiner Sicht, der vernünftig ist, ist der, wir wollen die Ranwallnerstraße machen oder wir sagen wir machen sie nicht. Beschlussorgan ist der Gemeinderat.

Wir haben nur die Übereinstimmung im Straßenausschuss erzielt, dass die Ranwallnerstraße Priorität hat und ich vergebe keinen Auftrag und in gehe nicht in den Gemeindevorstand und wir beauftragen jetzt XY, wer auch immer, die Ausschreibung vorzunehmen und in der nächsten GR-Sitzung sagen wir, das wollten wir eigentlich gar nicht. Wir brauchen den Auftrag, ja, wir wollen das machen, dann ist der nächste Schritt die Beauftragung eines profunden Straßenbautechnikers oder Ziviltechnikers, wer immer das sein mag und in der nächsten GR-Sitzung wird der Gemeinderat den Auftrag vergeben nach den Bestimmungen die in der Gemeindeordnung vorgegeben sind und nach den Bestimmungen die das Beschaffungswesen vorschreibt. Ich sehe da keinen Widerspruch. Und den Konnex mit dem Kulturausschuss, den kommentiere ich einfach nicht.

GVM. Franz Mayrhofer beantragt eine kurze Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung seiner Fraktion.

Nach Beratung erklärt Fraktionsobmann GVM. Mayrhofer, dass seine Fraktion nach wie vor verlangt, dass Herr Bmstr. Pospichal zur Anbotlegung eingeladen wird.

Dies ist ein Zusatzantrag der ÖVP, prinzipiell sind wir aber für die Sanierung der Ranwallnerstraße und für die Asphaltierung der Alois-Fischill-Straße.

Der Wunsch ist aufgeschrieben und es wird im Gemeindevorstand darüber beraten werden.

Bgm. Plaimer fragt an, ob er den Zusatzantrag als zurückgezogen betrachten kann.

GVM. Ing. Gruber erklärt, dass über seinen Antrag abgestimmt werden soll.

Beschluss (Zusatzantrag GVM. Ing. Gruber):

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion stimmte dagegen) abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher,

dass die Asphaltierungsarbeiten für die Ranwallnerstraße ausgeschrieben werden und die Straße heuer saniert werden soll.

b) Staubfreimachung der Alois-Fischill-Straße:

Der Bürgermeister berichtet:

Der zweite Teil der Alois-Fischill-Straße (Zufahrt von der Pfarrkirchnerstraße bis zum Haus Fechtig) soll staubfrei gemacht werden.

Die Kosten werden auf ca. € 4.200,-- geschätzt.

Auch hier dürfte der Unterbau in Ordnung sein.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Alois-Fischill-Straße staubfrei gemacht wird. Die diesbezüglichen Straßenbauarbeiten mögen ausgeschrieben und die Straße heuer noch staubfrei gemacht werden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Alois-Fischill-Straße staubfrei gemacht wird. Die diesbezüglichen Straßenbauarbeiten mögen ausgeschrieben und die Straße heuer noch staubfrei gemacht werden.

TOP 6) Allfälliges.

a) GVM. Ing. Gruber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, vorerst einmal Danke für deine Antwort auf meine Frage betreffend dieser . Ich hätte aber diesbezüglich noch einige offene Fragen, die im Antwortschreiben nicht vorkommen. Es wird z.B. nicht erwähnt, weil z.B. der Herr GV Prfihoda sprach von Herrn Altbgm.

Fischill, der Bgm. Plaimer ein Budgetloch hinterlassen hat, ob es damals keine Gemeinderatsbeschlüsse gegeben hat. Es wird doch nicht die ÖVP alleine die Verantwortung getragen haben. Vielleicht gibt es eine Antwort darauf.

Das zweite ist, was sagte der damalige Prüfungsausschussobmann dazu, ich weiß nicht wer es war. Hat er dieses Budgetloch, hat er diese Abstimmung mitgetragen oder hat er sich gewehrt dagegen. Dazu gibt es auch keine Aussage, das wäre sehr interessant und das dritte ist, es wird da von Zinsbelastung gesprochen. Die Frage ist natürlich, hat sich diese Zinsbelastung nicht in irgendeiner Form zum positiven gewendet, da ja lt. Gemeindezeitung vom April 2006, der Baukostenindex zwischen 2000 und 2005 um ca. 20 % erhöht, d.h. durchschnittlich pro Jahr um ca. 4, 5 %. Das mit der Zinsbelastung ist mir somit nicht ganz klar.

Gibt es da noch eine genauere Antwort.

Bgm. Plaimer:

Lieber Hans. Der Bürgermeister der Gemeinde Pfarrkirchen kann nach § 63 der GemO 1990 Anfragebeantwortungen nur in seinem Bereich vornehmen und ich kommentiere nicht und das ist auch nicht meine Aufgabe, Äusserungen anderer Gemeinderats- oder -vorstandsmitglieder zu kommentieren. Ich kann auch nicht kommentieren, was der Prüfungsausschuss damals getan. Das ist nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe war die Anfrage aus den Fakten, die uns vorliegen zu beantworten und jetzt kann man spitzfindiger weise sagen, jetzt wäre es auf einmal um so viel teurer. Das war nicht die Frage. Die Frage war, so steht es herinnen, welche Zinsen oder welche Belastungen waren da und wie viel Zinsen von den Banken verrechnet wurden. Diese Frage ist aus meiner Sicht beantwortet. Ob der Baukostenindex steigt oder fällt ist nicht Gegenstand der Anfrage gewesen.

b) GVM. Mayrhofer:

Heute haben wir unter Pkt. 1) schon über die Anschlusspflicht gesprochen. Ich habe da eine Frage wie es mit der Anschlusspflicht beim Haus Möderndorf 59 (Komm.Rat Röber) an die Ortswasser-

leitung ausschaut. Ist da schon etwas vorgeschrieben worden.

Bgm. Plaimer erklärt dazu, dass in dieser Angelegenheit Herr Gruber in Bearbeitung ist.

c) GVM. Mayrhofer:

In der letzten GR-Sitzung hast du erklärt, dass die Angelegenheit Komm.Rat Röber in einer Berufungsvorentscheidung erledigt wurde. Mich hat dann kurz nach dieser GR-Sitzung Herr KR Röber angerufen. Er hat mir erklärt, er wird bei der Gemeinde in dieser Sache überhaupt nichts mehr unterschreiben.

Meine Frage: Hat er einmal seine Berufungen zurückgezogen in irgend einer Form. Das zweite ist, dass lt. deiner Aussage eine Berufungsvorentscheidung ausgesprochen wurde. Gibt es dazu eine Niederschrift und kann man diese einsehen.

Bgm. Plaimer: Es gibt keine Niederschrift. Es war eine mündliche Entscheidung und ich habe auch in der letzten GR-Sitzung gesagt, dass die schriftliche Ausfertigung folgt.

GVM. Mayrhofer ersucht um Einsichtnahme durch seine Fraktion.

Bgm. Plaimer erklärt dazu, dass es nach Beendigung dieser Causa ein Gespräch mit GVM. Mayrhofer geben wird.

d) GRM. Eva Maria Hütmeier erklärt, dass sie ein Anliegen in der Form hat, dass die Bodenmarkierungen im Bereich der Volksschule und im Bereich Mayrbäurl wieder erneuert werden.

e) GVM. Ing. Gruber erklärt: Ich möchte nur noch ganz kurz auf das Thema zurückkommen und möchte ihn, nachdem er sich nicht zu Wort gemeldet hat, direkt ansprechen. Lieber Herr Deimek, lieber Gerhard, du warst ja damals nehme ich an, Prüfungsausschussobmann. Hast du zu diesem Punkt was zu sagen, hast du das damals mitgetragen, diese Situation oder ist dir das in irgend einer Form nicht bekannt.

Bgm. Plaimer beendet diese Debatte mit dem Hinweis, dass Zwiegespräche lt. OÖ. Gemeindeordnung nicht erlaubt sind. Wenn gesprochen wird, dann ist eine Wortmeldung notwendig. Im Anschluss an die Gemeinderats-Sitzung kann diskutiert werden.

f) GVM. Mayrhofer fragt an, wie es mit dem geplanten Biomasse-Heizwerk ausschaut, denn die Ortsbauernschaft hat sofort eine Sitzung abgehalten, wo dieses Projekt positiv bewertet wurde. Gibt es dazu neue Erkenntnisse oder neue Schritte in diese Richtung.

Bgm. Plaimer erklärt, dass es keine neue Erkenntnisse und weitere Schritte gibt. Bgm. Plaimer erklärt, dass er gebeten hat, dass sich der Planungsausschuss vielleicht damit auseinandersetzen möge, weil es grundsätzliche Entscheidungen sind für öffentliche Gebäude und sich mit dieser Angelegenheit der GV in der nächsten Sitzung unterhalten wird.

Bgm. Plaimer erklärt, dass er zum Protokoll der letzten Sitzung noch eine Anmerkung machen möchte. Es ist in diesem Protokoll unter „Abrechnung GW Schierlehner“ eine Wortmeldung von dir, lieber GV Mayrhofer, das war dein Bericht dazu, festgehalten worden, *„der dann in der GV-Sitzung am 16.2.2006 mehrheitlich gefasste Beschluss ist meiner Meinung nach unzulässig“*.

Es gibt dazu ein Schreiben der Abteilung Gemeinden an einen Bürgermeister, nicht an mich, denn ich habe es nicht beantragt. Information von nicht öffentlichen Gemeindevorstandssitzungen.

Es wird folgendes mitgeteilt:

Gemäß § 57 Abs. 2 der GemO 1990 fasst der Gemeindevorstand seine Beschlüsse unter dem Vorsitz des Bürgermeisters in nicht öffentlicher Sitzung. Dies bedeutet analog zu § 53 Abs. 3, dass die Beratung und die Beschlussfassung in nicht öffentlichen Sitzungen vertraulich ist und nur für amtliche Zwecke aufgezeichnet werden darf.

Unter der Beschlussfassung ist das Beschlussfassungsverfahren, insbesondere die Abstimmung und deren Ergebnis zu verstehen. Nicht jedoch der gefasste Beschluss selbst.

Wenn somit Mitteilungen an die Öffentlichkeit über die Abstimmungen und deren Ergebnis eines Gemeindevorstandsbeschlusses gelangen, liegt ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Gemeindeordnung 1990 vor.

Sollte ein Gemeindevorstandsmitglied das Abstimmungsverhalten bekannt gegeben haben, erfolgt

hiedurch eine Verletzung gem. § 57 Abs. 2.

Mit freundlichen Grüßen

Bgm. Plaimer erklärt weiters, dass er hofft, dass die Verletzung des § 57 nicht vorsätzlich war, wobei aber auch eine gewisse Unwissenheit rein rechtlich keinen Entschuldigungsgrund darstellt. Jeder weiß, dass das habe ich von allen Anfang an gesagt, ich lege Wert darauf, dass die Gemeindevorstandsagenden auch dort behandelt und dort bleiben und das kriege ich immer zum Vorwurf, dass dann wenn ich dort was erzähle, nicht weitergegeben wird, weil man es nicht weitergeben darf. Aber wenn man dort informiert, kann man diese Information auch weitergeben. Aber ganz klar ist normiert, was nicht sein darf. Und das bitte ich in Zukunft auch einzuhalten. Eine GR-Sitzung ist eine öffentliche Sitzung und dort hat eine Dokumentation eines GV-Beschlusses nichts verloren.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 3. März 2006 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende:

GR-Mitglieder:

Der Schriftführer:

Ohne – Mit folgenden – Erinnerungen genehmigt am:

Der Bürgermeister: